

Das Magazin für den
öffentlichen Dienst

Mai 2025

Hauptstadt magazin

29. Mai bis 1. Juni 2025

**Kakteentage im
Botanischen Garten**



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin



© dbb berlin

Inhalt

Mitbestimmung	
Bessere Zusammenarbeit gefordert	4
Gespräch	
Meinungsaustausch mit IHK-Hauptgeschäftsführerin	5
Pensionierung	
Böses Erwachen	6
DPoIG-Hauptstadtforum	
Mehr Technik für die innere Sicherheit	7
Bildung	
Deutscher Lehrkräftepreis für Berliner Schulleitung	11
Aktionswoche	
Gemeinsam aus der Einsamkeit	12
Vorschau	
Kakteenschau im Botanischen Garten	13
Unterhaltung	
Preisrätsel	14
Verschiedenes	
rbb will redaktionelle Regeln verbessern	15
Online geht mehr, als man denkt	15
Einmaliger Feiertag	16
Neue Partnerstadt Tel Aviv	16

Liebe Leserinnen, lieber Leser,

das Berliner Personalvertretungsgesetz steht vor der Novellierung. Der dbb berlin zeigt auf, wo es gegenwärtig bei der Mitbestimmung am meisten hapert.

Ein Kennenlerngespräch hat die dbb Landesleitung mit der neuen Hauptgeschäftsführerin der IHK Berlin, Manja Schreiner, geführt. Insbesondere bei der Verwaltungsreform und ihrer Realisierung gibt es gemeinsame Interessen.

Ein böses Erwachen können Beamtinnen und Beamte erleben, wenn sie in den Ruhestand gehen und plötzlich statt des erwarteten Ruhegehalts nur einen 60-prozentigen Abschlag auf das noch nicht einmal festgelegte Ruhegehalt erhalten – und das oft über Monate hinweg.

Besonders ausführlich haben wir uns dieses Mal mit dem Thema innere Sicherheit befasst oder ganz konkret mit den Herausforderungen und Problemen, vor denen die Berliner Polizei steht. Die DPoIG Berlin hatte dazu ein sehr informatives Hauptstadtforum zu vielen verschiedenen Problemkreisen, unter anderem zur technischen Ausstattung, veranstaltet, über das wir ausführlich berichten.

Die Einführung neuer Technologien geht in Berlin nur schleppend voran, aber immerhin tut sich etwas: Die Bürger können vermehrt Anträge auf digitalem Wege stellen und die Beschäftigten finden immer mehr Gefallen an der Beihilfe-App.

Als Veranstaltungstipp empfehlen wir einen Besuch der Kakteenschau im Botanischen Garten. Karten dafür sind in unserem Preisrätsel zu gewinnen.

Das nötige Rätselglück und einen sonnigen Mai wünscht

Ihr

Frank Becker,
Landesvorsitzender dbb berlin

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.

Redaktion: Annemarie Wellige. **Telefon:** 030.3279520. **Telefax:** 030.32795220. **Internet:** www.dbb.berlin.

E-Mail: post@dbb.berlin. Einzelmitglieder in den Fachgewerkschaften und -verbänden des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Internet: www.dbbverlag.de. **E-Mail:** post@dbb.berlin.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacyber, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **E-Mail:** mediacyber@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:**

Marion Clausen, **Telefon:** 030.7261917-32. **E-Mail:** marion.clausen@dbbverlag.de. **Anzeigendisposition:**

Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 22, gültig ab 1.1.2025. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.

Layout: FDS, Geldern. **Fotos:** wie angegeben. **Titelbild:** Kakteenfreunde Berlin

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

Mitbestimmung

Bessere Zusammenarbeit gefordert

Der dbb berlin fordert eine stärkere Verpflichtung der Dienststellen zur vertrauensvollen Zusammenarbeit im Zusammenhang mit der anstehenden Novellierung des Berliner Personalvertretungsgesetzes.

Die Erfahrung habe gezeigt, dass der appellative Charakter der geltenden Bestimmungen nicht in allen Verwaltungen ausreicht, um das Gesetzesziel zu verwirklichen. Zu denken sei unter anderem an ein Beschwerderecht des Gesamtpersonalrats bei Missachtung des Gebots der vertrauensvollen Zusammenarbeit.

Bei einer Klausurtagung der dbb Landesleitung mit dbb Mitgliedern im Hauptpersonalrat und im

Gesamtpersonalrat Anfang April in Lutherstadt Wittenberg wurden auch Defizite bei den jetzigen Einigungsverfahren kritisiert. Hier müsse, insbesondere vor Ort, der Einigungszwang verschärft werden.

Schließlich besteht nach Feststellung des dbb berlin auch Korrekturbedarf bei der Bezahlung freigestellter Personalratsmitglieder. ■

Beliebte Beihilfe-App

Die Berliner Beihilfe-App erfreut sich großen Zuspruchs und ist mittlerweile mit rund 70.000 aktiven Nutzern eine der intern am meisten genutzten digitalen Dienstleistungen der Berliner Verwaltung.

Nach Angabe des Landesverwaltungsamtes gehen mehr als 70 Prozent der Anträge bereits über diesen digitalen Eingangskanal ein.

Jetzt ist die Berliner Beihilfe-App noch leistungsstärker geworden. In ihrer neuen Version erlaubt sie unter anderem die digitale Rücksendung des Beihilfebescheides.

Die neue App sowie dazugehörige Installationsanleitungen für Android und IOS können auf der Homepage des Landesverwaltungsamtes heruntergeladen werden unter: <https://www.berlin.de/landesverwaltungsamt/beihilfe/allgemeine-informationen/news-ticker/aktuell/start-der-neuen-berliner-beihilfe-app-1545452.php>. ■

© Landesverwaltungsamt Berlin

mm Beihilfe die neue Beihilfe APP 100% DIGITAL

#wirsindzuständig

Landesverwaltungsamt Berlin BERLIN

dbb Gespräch mit IHK-Hauptgeschäftsführerin Schreiner

Schnittstellen zwischen der Arbeit des dbb berlin und der des IHK Berlin hat die dbb Landesleitung am 14. April 2025 mit der Hauptgeschäftsführerin der IHK Berlin, Manja Schreiner, ausgelotet.

Die Gesprächsteilnehmer in der Geschäftsstelle des dbb berlin (von links): Bodo Pfalzgraf, Martina Riedel (beide dbb Landesleitung), Manja Schreiner (Hauptgeschäftsführerin IHK Berlin), Frank Becker und Thomas Goiny (beide dbb Landesleitung)

Von außerordentlich großem Interesse für beide Organisationen ist die Verwaltungsreform, von der der dbb berlin wie auch die IHK Berlin besonders Bürokratieabbau und eindeutige Zuständigkeiten erwarten.

Die IHK hatte sich früh in den laufenden Gesetzgebungsprozess eingebracht und klare Forderungen zur Entlastung der Wirtschaft von überbordenden Gesetzen und Regularien gefordert.

Manja Schreiner, die bis April 2024 noch als Senatorin für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt des Landes Berlin amtiert hat, ist erst seit Kurzem Chefin der IHK Berlin und aus ihrer vorangegangenen Tätigkeit mit Verwaltungsabläufen sehr vertraut.



© dbb berlin

340.000 Unternehmen

In der Gesprächsrunde mit der dbb Landesleitung informierte sie über die breite Zuständigkeit der Kammer, die die Interessen von nicht weniger als 340.000 Berliner Unternehmen vertritt, von denen allerdings der größere Teil zu den Kleinunternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten zählt. Die inhaltliche Arbeit der IHK reicht von Stadtentwicklungs- und Infrastrukturfragen über branchenspezifische Themen bis hin zu bildungspolitischen oder außenwirtschaftlichen Angelegenheiten.

Zu den Aufgaben der IHK zählt auch die Unterstützung bei der Suche nach qualifizierten Fachkräften und die Beratung in Qualifizierungsfragen bei Neu-

gründungen. Außerdem berät die IHK Unternehmen in Energie-, Umwelt- und Außenwirtschaftsfragen sowie in Rechts- und Steuerangelegenheiten.

Vom dbb berlin wurde im Zusammenhang mit dem Qualifizierungsauftrag der IHK angeregt, auf mehr Qualität im Sicherheitsgewerbe zu achten. Hier würden oft schon Verständigungsschwierigkeiten eine angemessene Arbeit ausschließen. Zugleich bedauerte der dbb berlin die ausschließlich kostenorientierte Vergabep Praxis der öffentlichen Hand. Seriöse Anbieter kämen dadurch beispielsweise im Reinigungsdienst oder beim Bau oft nicht zum Zuge.

Der Meinungsaustausch soll fortgesetzt werden. ■

© IHK Berlin



Das Ludwig-Erhard-Haus ist der Sitz der IHK Berlin.

A W A C K E

Böses Erwachen nach der Pensionierung ...

... ist bei Berliner Beamtinnen und Beamten leider keine Seltenheit. Wie der stellvertretende dbb Landesvorsitzende Thomas Goiny dem hauptstadt magazin gegenüber beklagte, müssen sich viele Betroffene monatelang mit Abschlagszahlungen von nur 60 Prozent auf ihre verdiente Pension begnügen, wobei ihnen – im Gegensatz zu den Versicherten in der gesetzlichen Rentenversicherung – die endgültige Höhe der Altersbezüge weder vorher noch mit Eintritt in den Ruhestand bekannt gegeben wird.

Auch wenn der Differenzbetrag zu den niedrigen Abschlägen nach Fertigstellung des Versorgungsbescheids ausbezahlt wird, treffen die unerwarteten Einbußen die Betroffenen teilweise sehr hart. Oft reichen die finanziellen Rücklagen nicht aus, um laufenden Verpflichtungen durch Wohnungsdarlehen, Studienkosten für Kinder und u. Ä. nachzukommen. Auch wer mit seinen Ersparnissen die lang ersehnte Reise gebucht hat, sieht sich geprellt und dürfte statt eines erholsamen einen stressigen Auftakt in den Ruhestand erleben.

Antiquiertes Verwaltungsverfahren

Schuld an den unerträglichen Verzögerungen bei der Ruhegehaltsberechnung ist ein völlig antiquiertes Verwaltungsverfahren. Denn erst am längst bekannten Tag der Pensionierung schließe der Dienststellenleiter die Personalakte des Betroffenen und leite sie an das zuständige Landesamt für Versorgung weiter, schildert Goiny den Ablauf.

Das Versorgungsamt, das nicht wie die gesetzliche Rentenversicherung schon im Vorfeld kontinuierlich über alle versorgungsrelevanten Tatbestände wie Teilzeitbeschäftigungen, Elternzeit, Beurlaubung et cetera, unterrichtet wurde, fängt also überhaupt erst nach Eintritt der Pensionierung an, Versorgungszeiten zu ermitteln. Und das geschieht nicht etwa auf der Grundlage elektronisch aufbereiteter Daten, sondern das gesamte aktive Berufsleben muss händisch der Personalakte entnommen und zur weiteren Berechnung ins Dateiformat übertragen werden.

Das Landesamt trifft also keine Schuld an dem Debakel. Dort herrscht wie überall im Landesdienst enormer Personalmangel und die Arbeitsabläufe sind alles andere als zeitgemäß.

Aber was ist das eigentlich für ein Dienstherr, der seine Beamtinnen und Beamten nach einem langen Arbeitsleben – noch dazu in einem besonderen

Treueverhältnis – mit einem beträchtlichen Loch in der Kasse in den Ruhestand entlässt?

Hier hätte es längst einer Gesetzgebung bedurft, die – analog dem seit Jahrzehnten in der gesetzlichen Rentenversicherung praktizierten Verfahren – Versorgungsanwartschaften kontinuierlich verfolgt und den pensionsnahen Betroffenen ihre voraussichtliche Versorgungshöhe einige Jahre lang im Voraus mitteilt.

Was im Arbeitnehmerbereich an Datenweiterleitung längst gang und gäbe ist, sollte auch den Personalstellen im öffentlichen Dienst für den Beamtenbereich endlich ermöglicht werden.

Zeichen mangelnder Wertschätzung

Thomas Goiny: „Für den dbb berlin ist der beschriebene Umgang mit den Versorgungsempfängern ein Skandal und ein weiteres Zeichen fehlender Wertschätzung gegenüber den Landesbeamtinnen und -beamten, die wir nicht länger hinnehmen können.“

Tatsächlich sind auch bei aktiven Beamtinnen und Beamten Praktiken üblich, die mit Fürsorge und Wertschätzung wenig zu tun haben.

So wird nach Angaben des Landesvorstandsmitgliedes der DPoIG Berlin, Frank Teichert, bereits heute Polizeibeamten zugemutet, bis zu drei Monatsgehälter für etwaige Prozesskosten vorzuhalten, falls Anzeige wegen einer dienstlichen Handlung gegen sie erhoben wird. Dabei bringen die langen Beihilfebearbeitungszeiten viele Familien, insbesondere in Pflegefällen, bereits an den Rand der Zahlungsfähigkeit.

„Es darf einfach nicht sein, dass Beamten und Beamtinnen wegen teils längst überholter, bürokratischer Verfahren, wegen unzureichender technischer Ausstattung oder noch vollkommen offener Klagen belastet werden“, so Goiny abschließend. ■

DPoIG-Hauptstadtforum

Experten fordern mehr Technik für die innere Sicherheit

Die Berliner Polizei ist enorm gefordert: 80.000 Funkwageneinsätze pro Jahr, alle 26 Sekunden am Tag ein Notruf, rund 1.000 Objektschutzfälle und 5.700 km Straße sowie jährlich über 7.000 Versammlungen, die überwacht werden müssen, sprechen hier eine deutliche Sprache. Das alles stemmen 7.600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, denen im Beruf neben Fachkenntnissen und Verantwortungsbewusstsein auch eine gehörige Portion Einfühlungsvermögen und Fingerspitzengefühl abverlangt wird.

Weil dazu unter anderem auch Kenntnisse über die aktuelle Entwicklung in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Technik außerordentlich wichtig sind, hat die DPoIG Berlin zu ihrem zweiten Hauptstadtforum am 11. April 2025 in der Polizeiakademie in Spandau den Sachstand in acht wichtige Themenkomplexen aufgegriffen, die von Messerverbotzonen bis hin zu Einsatzsituationen mit autistischen Personen reichen. Einig waren sich dabei die Experten, dass der verstärkte Einsatz moderner Technologien im Bereich der inneren Sicherheit zwingend notwendig ist.

Noch bevor die Fachreferenten zu Worte kamen, stimmten Grußworte sowohl des Spandauer Bezirksbürgermeisters Frank Bewig als auch des Leiters der Landespolizeidirektion, Jörg Dessin, der stellvertretend für die verhinderte Polizeipräsidentin sprach, in die aktuelle Situation der Berliner Polizei ein.



Jörg Dessin schilderte die aktuelle Situation der Berliner Polizei.

zeigte sich besorgt über den wachsenden Regelverlust in der Gesellschaft, der zur Verwahrlosung des öffentlichen Raums führe und auch im Straßenverkehr immer mehr um sich greife. Es gelte, endlich wieder respektvoll miteinander umzugehen. Regelumsetzung müsse schon in Kitas und Schulen thematisiert und durchgesetzt werden. Zugleich forderte der Bezirksbürgermeister eine Stärkung des Sicherheitsbereichs und rechtliche Veränderungen, zum Beispiel beim Datenschutz, „damit die Polizei anständig arbeiten kann“.

Akuter Personalmangel

Dass es ohne den verstärkten Einsatz von Technik in Zukunft nicht möglich sein wird, die innere Sicherheit in Berlin aufrechtzuerhalten, bekräftigte der Leiter der Landespolizeidirektion, Jörg Dessin.

Schon jetzt herrsche akuter Personalmangel und der bis Ende des Jahrzehnts angedachte Personalaufwuchs sei wegen knapper Haushaltsmittel nicht mehr zu realisieren. Stattdessen drohten erhebliche altersbedingte Abgänge in den nächsten fünf Jahren. Für die Stadt



© DPoIG Berlin (8)

Der Spandauer Bezirksbürgermeister Frank Bewig würdigte die gute Zusammenarbeit mit der Polizei.

Polizei muss unbehindert arbeiten können!

Bewig, der ausdrücklich die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Polizei in seinem Bezirk würdigte,

würde gleichzeitig ein weiteres Bevölkerungswachstum prognostiziert. Mit Analyseprogrammen, die eine bessere Vernetzung erlauben, und durch Videoschutz mit intelligenter Technik müssten deshalb personelle Ressourcen freigesetzt werden. Auch der DPoIG-Landesvorsitzende Bodo Pfalzgraf hatte bei seiner Eröffnung des Hauptstadtforums den Einsatz entsprechender Computerprogramme in Berlin gefordert.

„Wissenswertes und Kurioses“ über Messerverbote

Als erster Fachreferent der Tagung bezog der Waffensachverständige Dirk Schöppl zu Messerverboten und speziell den drei Berliner Messerverbotzonen im Görlitzer Park, am Kottbusser Tor und am Leopoldplatz Stellung. Unter dem selbst gewählten Motto „Wissenswertes und Kurioses“ führte er detailliert aus, was das bundesweit geltende Waffengesetz und die speziellen landesrechtlichen Bestimmungen für die Messerverbotzonen in Berlin Sinnvolles, aber auch recht Praxisfernes vorschreiben.

Für sehr eingeschränkte Wirksamkeit dürften in den Berliner Verbotszonen schon die Ausnahmen vom geltenden generellen Messerverbot sorgen. So dürfen beispielsweise Personen durchaus ein Messer von A nach B befördern, wenn es nicht zugriffsbereit – das heißt mit drei Handgriffen – zum Einsatz gebracht werden kann. Auch Brauchtumpflege, Sport und ein allgemein anerkannter Zweck erlauben das Führen eines Messers. Wer will hier noch den eindeutigen Nachweis für eine Übertretung erbringen?

Auch Experte Schöppl kam letztlich zu dem Ergebnis, dass die Täterfahndung vielversprechender ist als komplizierte Messerverbote, zumal ausreichend alternative Tatwerkzeuge denkbar sind. „Wenn es heute die Messer sind, sind es morgen die Schraubendreher“, zog der Referent sein Fazit.

Waffenexperte Dirk Schöppl hält Messerverbotzonen für nur eingeschränkt wirksam.



Björn Andres stellte besonders hochwertige Geräte vor.

Berliner Firma optimiert Wärmebildgeräte

Ganz auf die Weiterentwicklung von Wärmebildgeräten zielte der anschließende Fachvortrag des Berliner Unternehmers Björn Andres ab, dessen Firma besonders leistungsstarke und hochwertige Geräte entwickelt und produziert. Ihre besonderen Vorteile im Polizeieinsatz: Die Geräte sind klein und leicht, als Brille oder auch Vorsatz für Langwaffen verwendbar und können in Kombination mit einer gesundheitsunschädlichen Vernebelung eingesetzt werden. In der Entwicklung, so Andres, befänden sich sogar Geräte, die Konturen durch Wände hindurch erkennen lassen, was insbesondere in Rettungsfällen von großem Nutzen wäre. Auch auf Drohnen sollen die Geräte künftig einsetzbar sein und schließlich sogar Unterscheidungen zwischen „Freund und Feind“ ermöglichen.

Besonderes Fingerspitzengefühl

Ein besonderes Maß an Fingerspitzengefühl und Empathie müssen Polizeibeschäftigte aufbringen, wenn sie im Einsatz auf autistische Menschen treffen. Das wurde nach den Ausführungen von Enisa Drekovic, selbst betroffene Mutter eines autistischen Kindes und Expertin für Inklusion, deutlich. Für die Betroffenen sei eine adäquate Hilfe der Polizei überlebenswichtig, betonte Drekovic, weil die eigene Gefahreinschätzung, etwa im Straßenverkehr, in der Regel eingeschränkt ist. Das Fehlverhalten anderer, zum Beispiel an roten Ampeln, werde insofern ungeprüft übernommen. Wichtig zu wissen sei auch, dass Uniformen bei Autisten keine besonderen Signale oder Emotionen auslösen. Deshalb seien Augenkontakt und klare, allerdings keinesfalls laute Anweisungen beim polizeilichen Umgang mit ihnen entscheidend.

Aktuelle Entwicklungen im Verkehrsrecht

Wer im aktiven Polizeidienst steht, ist gut beraten, die aktuellen Entwicklungen im Verkehrsrecht zu kennen. Die DPoIG Berlin hatte für diese Informationen bei ihrem Hauptstadtforum Rechtsanwalt Thomas Noack gewonnen. Neben klarstellenden Entscheidungen zum Verhüllungsverbot im Straßenverkehr und zum THC-Nachweisgrenzwert stellte er auch ein weniger nachvollziehbares Urteil des Berliner Verwaltungsgerichts vor. Konkret erkannten die Richter bei dieser Entscheidung (Az.: 5 K 65/21) ein 50-prozentiges Mitverschulden eines Polizeikommissars, der auf dem Weg zu einem Einbruchstort in einen Unfall mit einem wendenden Fahrzeug verwickelt war. Dass der Beamte aus einsatztechnischen Gründen zu diesem Zeitpunkt Martinshorn und Blaulicht ausgeschaltet hatte, hielt das Gericht nicht für nachvollziehbar. Vor allem aber sei die Geschwindigkeit des Einsatzfahrzeugs mit 95 km/h zu hoch gewesen. Völlig offen sei dagegen geblieben, kritisierte der Anwalt, mit welcher Geschwindigkeit das Einsatzfahrzeug nach Meinung der Richter hätte fahren dürfen.

Rechtsanwalt Thomas Noack stellte aktuelle verkehrsrechtliche Entscheidungen vor.



Angelique Yumusak forderte mehr Schutz für Frauen.

und Kindern nicht ausreichend zu vertreten, etwa durch Aussetzung von Besuchsrechten oder den Einsatz spanischer Fußfesseln, die die potenziellen Opfer vor der Annäherung der potenziellen Täter warnen.

Verbundeinsätze gegen Geldwäsche

Auch ein Aspekt der Wirtschaftskriminalität wurde bei der DPoIG-Tagung aufgegriffen: Jörg Leinert und Juliane Sander von der Geldwäscheaufsicht plädierten für eine stärkere Zusammenarbeit zwischen der bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft angesiedelten Geldwäscheaufsicht und der Polizei. Mit Verbundeinsätzen, die Eingriffsmöglichkeiten bei Verdachtsmomenten erweitern und das Verfahren insgesamt beschleunigen, zeigten sich beide überzeugt, könnten sehr viele Missstände bedeutend schneller aufgedeckt und abgestellt werden.

Jörg Leinert und Juliane Sander warben für Verbundeinsätze.



Jeden zweiten Tag ein Femizid

Die aktuelle Rechtslage auf einem vollständig anderen Gebiet, nämlich bei Femiziden und Gewalt gegen Frauen, führte im Anschluss die Bundesfrauenauftragte der DPoIG, Angelique Yumusak, vor Augen. Besonders erschreckend sei nicht nur der hohe Prozentsatz der überwiegend betroffenen Frauen, sondern auch die Tatsache, dass an jedem zweiten Tag in Deutschland eine Frau von ihrem Partner oder Expartner umgebracht werde. Schon seit 2022 werfe der Europarat deutschen Familiengerichten vor, die Menschenrechte von Müttern





Die Quiz-Gewinner und Moderator Frank Teichert (rechts)

Objektschutz setzt auf KI-gesteuerte Software

Einen immer breiteren Raum nimmt der Objektschutz in der Arbeit der Berliner Polizei ein. Die Zahl der Schutzbedarfe steige ständig, ließ der Leiter der Direktion Zentrale Sonderdienste, Thorsten Arne Beese, wissen. Allein der Hamasangriff auf israelische Siedler im Oktober 2023 habe in drei Monaten zu einer Verdoppelung der Zahl schutzbedürftiger israelischer Einrichtungen in Berlin geführt. Mittlerweile belaufe sich ihre Zahl auf etwa 100 – Tendenz steigend. Unter Objektschutz stehen, wie Beese weiter ausführte, grundsätzlich alle diplomatischen sowie Bund- und Ländereinrichtungen. Außerdem wird in vielen Fällen personenbezogener Objektschutz geleistet.

Weil mit einem dem Aufgabenzuwachs entsprechenden Personalaufwuchs schon wegen Bewerbermangels nicht zu rechnen ist, will man im Objektschutz künftig auf eine KI-gesteuerte Software setzen, die durch Algorithmen in der Bildauswertung Verdachtsmomente beziehungsweise potenzielle Gefahren erkennt. Damit unterscheidet sie sich deutlich von der verdachtsunabhängigen Beobachtung, die auf datenschutzrechtliche Bedenken stößt.

Pilotprojekte mit dem Programm laufen bereits bei der Polizei Hamburg, der Polizeiinspektion Mann-

heim und auch die Bundespolizei hat einen „Sicherheitsbahnhof“ bereits entsprechend ausgestattet. Die KI, so Beese, muss das menschliche Auge ersetzen.

Moderation mit neuen Ideen

Auf KI zurückgegriffen – zumindest bei der Vorstellung der Referenten – hat übrigens auch der Moderator des Hauptstadtforums, der stellvertretende DPoIG-Landesvorsitzende Frank Teichert. Unter großem Beifall des Auditoriums überreichte er allen Referenten zum Dank für ihre Mitwirkung ein persönliches KI-bearbeitetes Porträt. Auch die Teilnehmer der Veranstaltung konnten unter dem entsprechenden Programmpunkt die Porträts der Referenten an einer Videowand bewundern.

Auch mit einem Quiz, an dem jeder im Saal mithilfe seines Handys teilnehmen konnte, brachte Teichert frischen Wind und zum guten Schluss auch eine vergnügliche Stimmung in die von ernsten Themen geprägte Veranstaltung.

Insgesamt ist der DPoIG Berlin ein interessantes, sehr vielseitiges und zugleich auch unterhaltsames Hauptstadtforum gelungen. Auf die Fortsetzung der Veranstaltungsreihe, für die das „Blaulichtnetzwerk für Bildung“ der Gewerkschaft verantwortlich zeichnet, darf man im nächsten Jahr gespannt sein. ■

Deutscher Lehrkräftepreis für Berliner Schulleitung

Die Berliner Willy-Brandt-Schule hat den Deutschen Lehrkräftepreis in der Kategorie Vorbildliche Schulleitung gewonnen. Auch Platz drei ging nach Berlin an die Rahel-Hirsch-Schule.

Mit dem Preis ehren der Deutsche Philologenverband und die Heraeus Bildungsstiftung herausragende Leistungen von Lehrern in Schulen.

Die Berliner Schulleiterin Andrea Franke war von ihrem Kollegium nominiert worden, weil sie die Schule, die in einem sozialen Brennpunkt mit den höchsten Werten in den Sozialindizes Arbeitslosigkeit, Transferbezug und Kinderarmut liegt, seit neun Jahren mit unerschöpflicher Energie und Beharrlichkeit leitet. Innerhalb von vier Jahren habe sie die Zahl der Schulschwänzerinnen und Schulschwänzer halbiert und eine „einzigartige Integrationsleistung“ vollbracht. Sie arbeite lösungsorientiert und versuche unermüdlich, die gesamte Schulgemeinschaft vor allem bei den Entscheidungen mitzunehmen. Sie glaube an gute Ideen, unterstütze spontan und tatkräftig, begeistere bei der Umsetzung und setze die Visionen von Kolleginnen und Kollegen um.

Andrea Franke selbst meinte gegenüber ntv nach der Preisverleihung: „Ich mache meinen Job einfach sehr

gerne, ich brenne für das, was ich hier tue und das kann ich nur mit einem großartigen Kollegium.“

Auch unter den zehn „Ausgezeichneten Lehrkräften“ findet sich ein Berliner Lehrer, nämlich Jotam Felmy von der Gustav-Heinemann-Oberschule.

Zehn Lehrkräfte, fünf Teams und drei Schulleitungen aus insgesamt sieben Bundesländern und einer deutschen Auslandsschule wurden in der Wettbewerbsrunde 2024 ausgezeichnet. Die Träger des Wettbewerbs, die Heraeus Bildungsstiftung und der Deutsche Philologenverband, wollen mit der Auszeichnung die Leistungen von Lehrkräften, Lehrkräfteteams sowie Schulleitungen würdigen und in den Vordergrund der öffentlichen Wahrnehmung rücken. Die Schirmherrin der Wettbewerbsrunde 2024, Christine Streichert-Clivot, Ministerin für Bildung und Kultur des Saarlandes und Präsidentin der Kultusministerkonferenz 2024, sowie Katharina Günther-Wünsch, Senatorin für Bildung, Jugend und Familie des Landes Berlin, überreichten die Urkunden. ■





Mit Spielen aus der Einsamkeit

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) ruft im Rahmen der Aktionswoche „Gemeinsam aus der Einsamkeit“ vom 26. Mai bis 1. Juni 2025 zu gemeinsamen Begegnungen auf. Öffentlichkeit, Betroffene und Angehörige sollen für das Thema Einsamkeit sensibilisiert und über Hilfsangebote informiert werden.

Ein Schwerpunkt der Woche liegt auf der Aktion „Gemeinsam Spielen“. Ob Schach, Karten- oder Brettspiele: Spielen bringt Menschen zusammen, fördert den Austausch und schafft emotionale Momente.



Fotos und Berichte über solche Aktionen dürfen gern an info@strategie-gegen-einsamkeit.de (Urheberhinweis nicht vergessen!) gesandt werden und fließen in die Dokumentation der Aktionswoche auf der Seite des Kompetenznetzes Einsamkeit ein und werden gegebenenfalls auch auf Social-Media-Kanälen des Ministeriums veröffentlicht.

Gerade Vereine, Clubs und Spielgemeinschaften seien Orte, an denen regelmäßig Begegnung stattfindet und neue Kontakte geknüpft werden können, heißt es in einem Aufruf des Ministeriums zur Aktionswoche. „Organisieren Sie während der Aktionswoche einen offenen Spieletreff, einen Turnierabend oder eine Schnupperrunde. Zeigen Sie, wie bereichernd es sein kann, Teil einer Gemeinschaft zu sein, und helfen Sie, das Thema Einsamkeit sichtbar zu machen.“

Außerdem können die Beiträge unter #StrategieGegenEinsamkeit und #Einsamkeit in den sozialen Netzwerken sichtbar gemacht werden.

Die Aktionswoche „Gemeinsam aus der Einsamkeit“ ist Teil der Ende 2023 verabschiedeten Strategie der Bundesregierung gegen Einsamkeit. Ziel ist es, Einsamkeit stärker sichtbar zu machen und ihr aktiv entgegenzuwirken – in allen Lebensphasen und für alle Altersgruppen. Nähere Informationen zu Angeboten unter:

www.strategie-gegen-einsamkeit.de. ■



Berliner Kakteentage

Große Kakteenschau im Botanischen Garten

Seit 2003 veranstalten die Berliner Kakteenfreunde alle zwei Jahre mit den Berliner Kakteentagen eine der größten von Privatpersonen organisierten Kakteenschauen Deutschlands.

Die Kakteenschau im Botanischen Garten lockt alle zwei Jahre viele interessierte Besucher an.

Vom 29. Mai bis 1. Juni 2025 ist es wieder so weit: Im Neuen Glashaus im Botanischen Garten können die Besucher Schaubeete mit exotischen Kakteen und anderen sukkulenten Pflanzen bewundern und sich

von den Kakteenfreunden in Sachen Zucht der stacheligen Gewächse beraten lassen und wichtigen Praxistipps mit nach Hause nehmen. Wer will, kann auch bei einer Tombola sein Glück versuchen und für die jüngsten Besucher ist sogar mit Aussaatsets gesorgt.

Auch die Stände der zahlreichen Fachhändler lohnen einen Besuch. Dort können die wunderschönen Pflanzen und auch das nötige Zubehör nicht nur bewundert, sondern auch erworben und mit nach Hause genommen werden.

Prachtvolle sukkulente Gewächse

Außer den Kakteen, die der Schau ihren Namen geben, löst auch immer wieder die Pracht Hunderter anderer sukkulenter Pflanzen aus Amerika und Afrika – das sind alle saftreichen Gewächse, die auf besondere Klima- und Bodenverhältnisse passen – große Bewunderung aus.

Mehr Infos:

www.kakteenfreunde-berlin.de/kakteenstag



anheimelnd	▼	Held der griech.-röm. Sage	▼	afrikanische Gemüsepflanze	<p>Unsere Gewinner Eine virtuelle Reise ins All haben gewonnen: Sabrina Norek, 10557 Berlin Barbara Kruzik, 13125 Berlin Das Lösungswort war Osternest.</p>					das Sein, Seiende (Philosophie)	▼	Kapitän bei Jules Verne	▼	König von Juda (A. T.)					
türkischer Brantwein	▶									▶				▶					Stadt in Israel
griechisch: Luft	▶			Westgermanenstamm											österreichischer Fluss zur Donau	▶	2		
ein südamerikanisches Faultier	▶														Fell der Bärenrobbe (engl.)	▶	ältester Sohn Noahs		Abk.: Landesversicherungsanstalt
▶	7		Strom in Mittel-asien		Verbundwerkstoff	▼	spannender Film, Roman	▼	Faser des Espartograses	▼	Luftreifen (Kurzwort)	▼	Lohn beim Militär		3				
französisch: Sommer		mystischer Ort der Artus-sage	▶	unmittelbar zuvor			Schuft, Schurke	▶					geneigte Bergseite		mit den Füßen stoßen				
▶					niederl. Maler (Anthonis)	▶			Leim (ugs.)		künstliches Wangenrot		Marineunter-offizier						
Stoffteil an Kleidungsstücken		Karpfen-fisch	▶				griechische Sagen-gestalt	▶					heilig (vor Namen, lat.)		Ackerunkraut, Nelken-gewächs				
5				Gürtel zum Kimono	schwei-zerischer Sagen-held	▶			leichtes, schnelles Ruderboot		oberster Teil des Getreide-halms			6					
US-Hilfs-organisa-tion (Abk.)		kalter Fallwind (Adria-küste)	▶				tropi-sche Echse	▶					alt-ägyp-tische Königin						
▶					dt. Che-miker (Justus von)	▶				1	Käufer								
alttesta-mentarischer Berg		franz. Mar-schall (Adolphe)	▶	4			Staats-ober-haupt, Monarch	▶					in Rich-tung, nach						

PREISRÄTSEL

Freikarten für die Kakteenausstellung zu gewinnen!

Zwei Gewinnerinnen oder Gewinner unse-res Preisrätsels können dieses Mal mit einer Begleitperson die wunderbare Kakteen-schau im Botanischen Garten besuchen. Die Kakteenfreunde Berlin haben Frei-karten für sie gesponsort.

Raten Sie mit und schicken Sie das richtige Lösungs-wort bis zum 15. Mai an:

dbb berlin
 post@dbb.berlin
 Fax: 030.327952-20

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



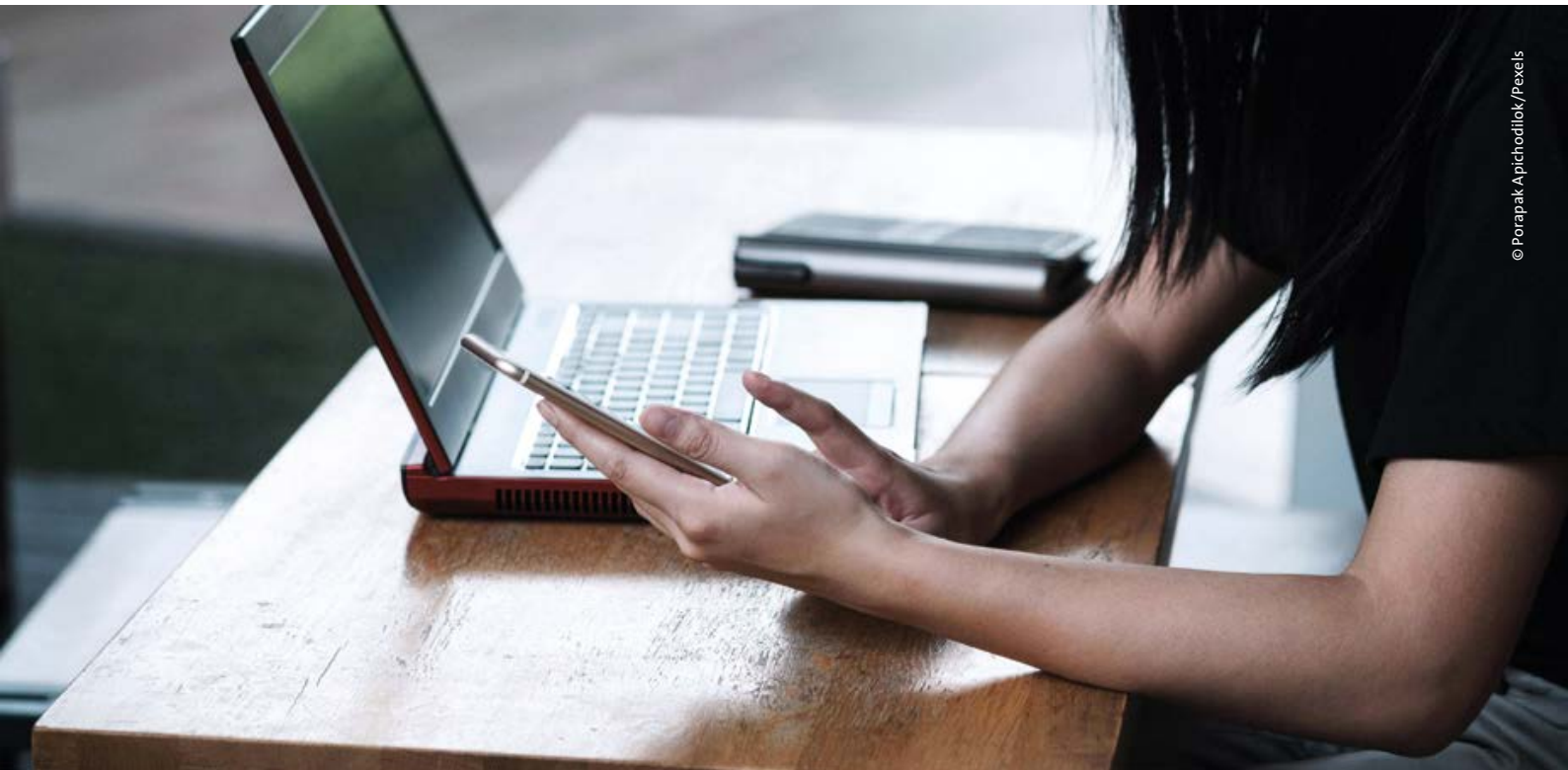
© Kakteenfreunde Berlin

rbb will redaktionelle Regeln verbessern

Der rbb-Rundfunkrat hat die strukturellen Konsequenzen begrüßt, die wegen fehlerhafter Berichterstattung des Senders zum Rücktritt des Chefredakteurs geführt hatten. Unter anderem sollen redaktionelle Regeln und Abnahmeprozesse überarbeitet und der Umgang mit Quellen verbessert werden.

„Der Weg, der jetzt eingeschlagen wird, ist der richtige“, sagte der Vorsitzende des Rundfunkrats, dbb Landeschef Frank Becker, nach einer Sitzung des Gremiums am 11. April 2025. Der Anfang sei gemacht, die Aufarbeitung müsse aber weitergehen.

Im laufenden Spar- und Transformationsprozess des Senders fordert der Rundfunkrat mehr Mitsprache. Der Berliner CDU-Abgeordnete Christian Goiny warf dem rbb vor, „in einer Bubble zu diskutieren“. Der Sender solle das Netzwerk der Rundfunkratsmitglieder einbeziehen und „Angebote und Ideen“ aus diesem Kreis nutzen. ■



© Porapak Apichodilok/Pexels

Online geht mehr, als man denkt

Berlin kann oft mehr, als man denkt. Das gilt inzwischen auch für das ServicePortal der Verwaltung: <https://service.berlin.de/online-geht-mehr/>.

Wohnung oder Auto anmelden, Geburtsurkunde nachbestellen geht ganz einfach online. Für mehr als 350 Dienstleistungen ist kein Termin im Bürgeramt mehr notwendig, sondern sie können bequem von zu Hause aus digital erledigt werden.

Der Schlüssel zu den meisten digitalen Angeboten ist ein Personalausweis mit freigeschalteter Online-Funktion. Damit können sich Nutzer eindeutig und

fälschungssicher identifizieren. Jeder online angebotene Service erfüllt höchste Anforderungen an Datenschutz, Datensicherheit und Rechtssicherheit.

Die Digitalisierung in Berlin ist zwar nicht abgeschlossen, wird aber kontinuierlich weiterentwickelt, um den Berlinerinnen und Berlinern Wege und Zeit zu ersparen und die Bürgerämter zu entlasten. ■



Einmaliger Feiertag

Anlässlich des 80. Jahrestags der Befreiung vom Nationalsozialismus und des Endes des Zweiten Weltkriegs wird der 8. Mai 2025 in Berlin zum gesetzlichen Feiertag.

Schon Mitte 2024 hatte das Berliner Abgeordnetenhaus ein entsprechendes Gesetz beschlossen, um das historische Datum besonders zu würdigen. Auch im Jahr 2020 war der 8. Mai anlässlich des 75. Jubiläums des Tags der Befreiung zum gesetzlichen Feiertag erklärt worden.

Friedliches Zusammenleben nicht selbstverständlich

Mit der Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht in der Nacht vom 8. auf den 9. Mai 1945 endete der Zweite Weltkrieg in Europa. 80 Jahre nach dem historischen Ereignis soll der zusätzliche Feiertag das Bewusstsein dafür schärfen, dass ein friedliches Zusammenleben nach wie vor keine Selbstverständlichkeit ist. Jährlich finden am 8. Mai deutschlandweit Gedenkveranstaltungen statt. ■

Tel Aviv und Berlin werden Partnerstädte

Am 5. Mai 2025 werden der Regierende Bürgermeister von Berlin, Kai Wegner, und Tel Avivs Bürgermeister Ron Huldai ihre Unterschriften unter eine Städtepartnerschaftsvereinbarung setzen.

Damit werde die langjährige und herzliche Verbindung zwischen den beiden Metropolen weiter vertieft und mit noch mehr Leben erfüllt, würdigte Wegner die Abmachung, von der auch positive Impulse gegen den wachsenden Antisemitismus

erwartet werden. „Berlin war die Stadt, in der die Schoa geplant und durchgesetzt wurde“, erinnerte der Regierende Bürgermeister, und habe daher eine besondere Verantwortung und Verpflichtung gegenüber Israel und zum Schutz von jüdischem Leben in Berlin.

Berlin hat bisher 18 Städtepartnerschaften, etwa mit Buenos Aires, Istanbul, Kiew, London, Los Angeles, Paris, Warschau und auch Peking. ■